

# Wortmarke Polizei

**POLIZEI®** ist nur eine vermeintliche Behörde. **Beweis:** Das Deutsche Patent- und Markenamt, ansässig in München, Berlin und Jena führt unter der Registernummer 30243782 die Wortmarke **POLIZEI**, deren Inhaber ist der Freistaat Bayern, vertreten durch den Staatsminister des Innern, 80539 München, vertreten durch die Anwaltssozietät BOEHMERT & BOEHMERT, Hollerallee 32, D-28209 Bremen. Die Wortmarke steht nur im Bezug des Waren-/Dienstleistungsverzeichnis nachdem der Anmelder festlegen muß für welche Waren- und Dienstleistungen seine Marke eingetragen werden soll. Die Marke ist unter 3 verschiedenen Produkt-Rubriken eingetragen:

- ✓ 09 Registrierkassen, Rechenmaschinen, Brillen
- ✓ 16 Papier, Pappe (Karton) und Waren aus diesen Materialien, soweit in Klasse 16 enthalten; Schreibwaren; Schreibmaschinen und Büroartikel (ausgenommen Möbel)
- ✓ 38 E-Mail-Datendienste

Manch' einer mag das für einen schlechten Witz halten. Aber für diese Markeneintragung darf der Inhaber Lizenzgebühren verlangen. Dies tut das Bayerische Innenministerium gegenüber allen anderen Bundesländern der „BRD“ und dem „Bund“. Eine Polizei, die staatlich legitimiert wäre -völkerrechtlich geht dies zurzeit nur mit einer Ratifizierungsurkunde zu einer Verfassung inkl. freiheitlich, demokratischer souveräner Volksabstimmung -, braucht solche Konstruktionen via einer Wortmarke nicht. Hoheitliche Akte und das Staatsmonopol über Gewaltanwendung sind damit nicht gedeckt. Der Trick der Wortmarke ist, daß nur der Inhaber und die Lizenznehmer dieses Wort nutzen dürfen. Es erlaubt aber keinerlei real legitimierte „polizeiliche Handlung“ über die 3 o.g. Produktgruppen hinaus, noch nicht einmal eine Verkehrskontrolle. eine Verkehrskontrolle. – Eine gegenteilige Beweisführung liegt bis heute nicht vor.

**Hier ist die Marke eingetragen:**

<https://register.dpma.de/DPMAREGISTER/marke/register/302437827/DE>

s. Anlage: pdf-Dokument „Wortmarke POLIZEI“



Deutsches  
Patent- und Markenamt

DPMRegister-Startseite

English

Impressum

Hilfe

DPMRegister

Patente und Gebrauchsmuster

Marken

Designs

Geografische Herkunftsangaben

Service

DPMakurier

Einsteiger

Experte

Monitoring

Markenblatt

PIZ-Unterstützung

Sie sind hier: > DPMRegister-Startseite > Marken > Detailsansicht

Registerrauskunft

Registernummer: 30243782

Marke eingetragen

Stand am: 26.06.2016

Stammdaten

Details schließen

INID	Kriterium	Feld	Inhalt
	Datenbestand	DB	DE
111	Registernummer	RN	30243782
210	Aktenzeichen	AKZ	302437827
540	Wiedergabe der Marke	WM	POLIZEI
550	Markenform	MF	Wortmarke
220	Anmeldetag	AT	04.09.2002
151	Tag der Eintragung im Register	ET	01.08.2006
156	Verlängerung der Schutzdauer	VBD	01.10.2012
730	Inhaber	INH	Freistaat Bayern, vertreten durch den Staatsminister des Innern, 80539 München, DE
740	Vertreter	VTR	BOEHMERT & BOEHMERT Anwaltspartnerschaft mbB - Patentanwälte Rechtsanwälte, 28209 Bremen, DE
750	Zustellanschrift	ZAN	BOEHMERT & BOEHMERT Anwaltspartnerschaft mbB - Patentanwälte Rechtsanwälte, Hollerallee 32, 28209 Bremen
	Version der Nizza-Klassifikation		NCL8
511	Klasse(n) Nizza	KL	38, 9, 16
	Aktenzustand	AST	Marke eingetragen
180	Schutzendedatum	VED	30.09.2022
450	Tag der Veröffentlichung	VT	01.09.2006
	Beginn Widerspruchsfrist	BWT	01.09.2006
	Ablauf Widerspruchsfrist	EWT	01.12.2006
510	Waren- / Dienstleistungsverzeichnis	WDV	Klasse(n) Nizza 09: Registrierkassen, Rechenmaschinen, Brillen Klasse(n) Nizza 16: Papier, Pappe (Karton) und Waren aus diesen Materialien, soweit in Klasse 16 enthalten; Schreibwaren; Schreibmaschinen und Büroartikel (ausgenommen Möbel) Klasse(n) Nizza 38: E-Mail-Datendienste

Position	Verfahrensart	Verfahrensstand	EDV-Erfassungstag	Veröffentlicht im Markenblatt vom	Alle Details anzeigen
1	Anmeldeverfahren	Marke eingetragen	01.08.2006	01.09.2006	Detail anzeigen
2	Widerspruchsverfahren	Marke ohne Widerspruch eingetragen	11.01.2007	16.02.2007	Detail anzeigen
3	Verlängerung	Schutzdauer der Marke verlängert	27.09.2012	02.11.2012	Detail anzeigen
4	Umschreibung - Vertreterbestellung/-änderung	Umschreibung abgeschlossen	02.10.2014	07.11.2014	Detail anzeigen

Was darf diese Firma denn nun eigentlich???

Nur das, was in Pos. 510 Waren und Dienstleistungen nach Nizza- Klassifizierung verzeichnet ist!!!

Handel treiben, - von Bewaffnung steht dort nichts, ebenso wenig etwas von hoheitlichen Rechten noch davon, dass es sich um Beamte handelt mit irgendwelchen Befugnissen handelt.

Als bedienstete der Bundesrepublik Deutschland befinden sich die Damen und Herren der Firma POLIZEI, einen US- Amerikanischen Handelskonzern mit der Geschäftsleitung in den USA / Berlin,



Berlin gehört seit 1945 zu den USA, illegal auf deutschem Boden (seit 1985) und erfüllen seitdem, den Straftatbestand des Hochverrats, seit dem 02.11.2016 den Straftatbestand der Piraterie.

***...ein Unternehmen...so, so, so....***

The poster is titled "gesucht" (sought) in large white letters on a blue background. It features a group of police officers in various uniforms, including a dog, framed by a magnifying glass. A yellow and black striped banner in the top right corner reads "BEWERBEN! BEWERBEN!". A red circle highlights the first item in a list of benefits, and a red line points from it to a larger box on the right.

**02 EIN LANDESWEITES UNTERNEHMEN**

- 02 EIN LANDESWEITES UNTERNEHMEN
- 04 VIelfALT IMLEBEN
- 06 WIR BIETEN IHREN
- 06 VORAUSSETZUNGEN
- 08 BEWERBUNG
- 10 DIE AUSBILDUNG
- 12 DAS BACHELORSTUDIUM
- 15 FÜR IHRE SICHERE ZUKUNFT

**POLIZEI**  
BADEN-WÜRTTEMBERG



Sie wissen es, sie kriminalisieren sich bereitwillig selbst!!!

Nun gut, Hochverrat am deutschen Volk, Inland- Piraterie, Terrorismus, bewaffnete Überfälle auf deutsche Rechtsträger, (BVerfGE 1987 (Militärgesetz 1944)) Geiselnahmen, (Verhaftungen) Lösegelderpressungen, (Verhaftung wegen Geldforderungen) Freiheitsberaubung zur Durchsetzung von Geld- Forderungen usw. usw.....

Wir haben es mit schwerstkriminellen Verbrechern zu tun.

Nach rechtsgültigem Reichsrecht sowie nach den Militärgesetzen steht darauf die Todesstrafe.

Dies gilt ebenfalls für die Auftraggeber zu diesen Straftaten.

Ob der Auftraggeber nun rechtskonform unterschrieben hat oder nicht, spielt dabei keine Rolle, ein Name reicht völlig aus, ob nun handschriftlich oder gedruckt oder aber durch Zeugenaussage eines der mitwirkenden Täter.

Wer ein Verbrechen in Auftrag gibt, haftet für den Auftrag!!!

Das ist die katastrophale Dummheit der – DEUTSCH, - sie glauben an eine Bundesregierung, die sich in Berlin, im Ausland, auf sicherem US- Boden befindet.  
Die kriminellen in Berlin wussten schon, warum sie Bonn verlassen mussten.

Von Bonn aus stünden sie selbst in der vollen Haftung, allein schon deshalb, weil sie sich illegal auf deutschem Reichsgebiet befänden um eine Regierung zu simulieren.  
Vom Ausland aus (Berlin) völlig problemlos, sie können immer behaupten, das hätten die Mitarbeiter doch wissen müssen, dass dies nicht legal ist.

Deshalb werden auch alle Einnahmen wie Steuern usw. an die NGO, BRdVd (Bundes- Republik des vereinten Deutschland) **als Schenkungen** verbucht.  
(NGO (engl.) = Nicht- Regierungs- Organisation.)

Durch die Wahlen autorisiert der DEUTSCH diese NGO zur Regierungstätigkeit, bzw. übernimmt die volle Haftung für alle Straftaten, die von dieser NGO begangen werden.  
Dumm, Dümmer, DEUTSCH.



▶ Home ▶ UPIK® Datensatz

## UPIK® Datensatz - L

L	Name	Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport
W	Nicht eingetragene Bezeichnung oder Unternehmensteil	Polizeidirektion Lüneburg
L	D-U-N-S® Nummer	312876854
L	Geschäftssitz	Auf der Hude 2
L	Postleitzahl	21339
L	Postalische Stadt	Lüneburg
L	Land	Germany
W	Länder-Code	276
	Postfachnummer	
	Postfach Stadt	
L	Telefon Nummer	04131151301
	Fax Nummer	
	Name Hauptverantwortlicher	
W	Tätigkeit (SIC)	9111

**Weitere Optionen:**

Möchten Sie zurück zur UPIK® Suche?  
Bitte auf UPIK® Suche klicken.

[UPIK® Suche](#)

Sie möchten kostenlos Ihre Stammdaten ändern?  
Bitte auf eUpdate klicken.

[eUpdate](#)

Sie finden keine entsprechende D-U-N-S® Nummer im aktuellen UPIK® Bestand oder möchten kostenlos eine neue D-U-N-S® Nummer beantragen?  
Bitte auf Neu anlegen klicken.

[Neu anlegen](#)

#### Nachgeordnete Dienststellen PI Stade



#### Das Polizeikommissariat Buxtehude stellt sich vor

Das Polizeikommissariat Buxtehude ist für alle polizeilichen Belange im südlichen Teil des Landkreises Stade von der Hamburger Landesgrenze bis an das Gebiet der Stadt Stade zuständig ►mehr



#### Polizeidienststellen im Landkreis Stade

Anschriften & Erreichbarkeiten ►mehr

#### Impressum

Angaben zum Anbieter gemäß § 5 Abs. 1 TMG und §55 Abs. 1 des Staatsvertrages über Rundfunk und Telemedien (Rundfunkstaatsvertrag - RStV):

Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport

Landespolizeipräsidentium

Franziska Santhiralingam

Lavesallee 6, 30169 Hannover

Tel.: 0511 / 120 - 6431

E-Mail: pressestelle@mi.niedersachsen.de

Leitung:

Polizeioberst Thorsten Massinger

Verantwortliche Dienststelle:

Polizeidirektion Lüneburg

Auf der Hude 2

21339 Lüneburg

Tel.: 04131/8306-0

E-Mail: pressestelle@pd-lg.polizei.niedersachsen.de

Leitung:

Polizeipräsident Thomas Ring

Technischer Betrieb:

Landesbetrieb IT.Niedersachsen

Göttinger Chaussee 259

D-30459 Hannover

Telefon: +49 511 9898-0

Gestaltung & Realisierung:

Euromediahouse GmbH

Vahrenwalder Straße 263

30179 Hannover

Tel. 0511 - 96844-0

Datenschutzrechtliche Hinweispflichten gemäß § 13 TMG:

Personenbezogenen Daten

Bei dem Besuch dieser Webseite werden durch unseren Server keine Nutzerdaten gespeichert. Die

Verarbeitung erfolgt allein innerhalb der datenschutzrechtlichen Zweckbindung. Dies gilt nicht im

Rahmen einer Nutzung des Internetangebotes der Online-Wache, bei der die mit Ihrer ausdrücklichen

Einwilligung zur Verfügung gestellten personenbezogenen Daten (Name, Anschrift, Erreichbarkeiten)

und die IP-Adresse ausschließlich zu Zwecken der Gefahrenabwehr, der Verfolgung von



Ordnungswidrigkeiten oder der Strafverfolgung gespeichert und zu diesen Zwecken zur weiteren Bearbeitung an die zuständigen Polizeibehörden übermittelt werden. Die näheren Einzelheiten ergeben sich aus dem Impressum der Online-Wache der Polizei Niedersachsen (<https://www.onlinewache.polizei.niedersachsen.de/impressum.php>).

Ebenso werden die IP-Adresse der Nutzer von Sonderinformationsseiten, die nicht dauerhaft Bestandteil der Webpräsenz sind, ausgewertet und ggf. an Dritte zur Verarbeitung im Rahmen der datenschutzrechtlichen Gesetze weitergeleitet.

Soweit personenbezogene Daten (beispielsweise Name, Anschrift oder e-Mail-Adressen) durch Nutzer der Seite an den Seitenbetreiber übermittelt werden, erfolgt eine vertrauliche Behandlung der Daten, die Dritten nicht zugänglich gemacht werden, es sei denn, dass konkrete Anhaltspunkte für strafrechtlich relevantes Verhalten der Nutzer im Zusammenhang mit der Nutzung dieses Internetangebotes bekannt werden.

Der Nutzung von im Rahmen der Impressumspflicht veröffentlichten Kontaktdaten durch Dritte zur Übersendung von nicht ausdrücklich angeforderter Werbung und Informationsmaterialien wird hiermit ausdrücklich widersprochen. Der Betreiber der Internetpräsenz behält sich ausdrücklich rechtliche Schritte im Falle der unverlangten Zusendung von Werbeinformationen, etwa durch Spam-Mails, vor. Haftungsausschluss:

Alle Angaben unseres Internetangebotes wurden sorgfältig geprüft. Wir bemühen uns, dieses Informationsangebot aktuell und inhaltlich richtig sowie vollständig anzubieten. Dennoch ist das Auftreten von Fehlern nicht völlig auszuschließen. Eine Garantie für die Vollständigkeit, Richtigkeit und letzte Aktualität kann daher nicht übernommen werden.

Der Zugang und die Benutzung dieser Website geschehen auf eigene Gefahr des Benutzers. Das Niedersächsische Ministerium für Inneres und Sport ist nicht verantwortlich und übernimmt keinerlei Haftung für Schäden, u. a. für direkte, indirekte, zufällige, vorab konkret zu bestimmende oder Folgeschäden, die angeblich durch den oder in Verbindung mit dem Zugang und/oder der Benutzung dieser Website aufgetreten sind.

Der Betreiber übernimmt keine Verantwortung für die Inhalte und die Verfügbarkeit von Websites Dritter, die über externe Links dieses Informationsangebotes erreicht werden. Der Herausgeber distanziert sich ausdrücklich von allen Inhalten, die möglicherweise straf- oder haftungsrechtlich relevant sind oder gegen die guten Sitten verstoßen.

## **TELEMEDIEN- GESETZ:**

### **Telemediengesetz (TMG)**

#### **§ 5 Allgemeine Informationspflichten**

(1) Diensteanbieter haben für geschäftsmäßige, in der Regel gegen Entgelt angebotene Telemedien folgende Informationen leicht erkennbar, unmittelbar erreichbar und ständig verfügbar zu halten:

- 1.** den Namen und die Anschrift, unter der sie niedergelassen sind, bei juristischen Personen zusätzlich die Rechtsform, den Vertretungsberechtigten und, sofern Angaben über das Kapital der Gesellschaft gemacht werden, das Stamm- oder Grundkapital sowie, wenn nicht alle in Geld zu leistenden Einlagen eingezahlt sind, der Gesamtbetrag der ausstehenden Einlagen,
- 2.** Angaben, die eine schnelle elektronische Kontaktaufnahme und unmittelbare Kommunikation mit ihnen ermöglichen, einschließlich der Adresse der elektronischen Post,
- 3.** soweit der Dienst im Rahmen einer Tätigkeit angeboten oder erbracht wird, die der behördlichen Zulassung bedarf, Angaben zur zuständigen Aufsichtsbehörde,
- 4.** das Handelsregister, Vereinsregister, Partnerschaftsregister oder Genossenschaftsregister, in das sie eingetragen sind, und die entsprechende Registernummer,
- 5.** soweit der Dienst in Ausübung eines Berufs im Sinne von Artikel 1 Buchstabe d der Richtlinie 89/48/EWG des Rates vom 21. Dezember 1988 über eine allgemeine Regelung zur Anerkennung der Hochschuldiplome, die eine mindestens dreijährige Berufsausbildung abschließen (ABl. EG Nr. L 19 S. 16), oder im Sinne von Artikel 1 Buchstabe f der Richtlinie 92/51/EWG des Rates vom 18. Juni 1992

über eine zweite allgemeine Regelung zur Anerkennung beruflicher Befähigungsnachweise in Ergänzung zur Richtlinie 89/48/EWG (ABl. EG Nr. L 209 S. 25, 1995 Nr. L 17 S. 20), zuletzt geändert durch die Richtlinie 97/38/EG der Kommission vom 20. Juni 1997 (ABl. EG Nr. L 184 S. 31), angeboten oder erbracht wird, Angaben über

- a) die Kammer, welcher die Dienste Anbieter angehören,
- b) die gesetzliche Berufsbezeichnung und den Staat, in dem die Berufsbezeichnung verliehen worden ist,
- c) die Bezeichnung der berufsrechtlichen Regelungen und dazu, wie diese zugänglich sind,

**6.** in Fällen, in denen sie eine Umsatzsteueridentifikationsnummer nach § 27a des Umsatzsteuergesetzes oder eine Wirtschafts-Identifikationsnummer nach § 139c der Abgabenordnung besitzen, die Angabe dieser Nummer,

**7.** bei Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien und Gesellschaften mit beschränkter Haftung, die sich in Abwicklung oder Liquidation befinden, die Angabe hierüber.

(2) Weitergehende Informationspflichten nach anderen Rechtsvorschriften bleiben unberührt.

Der **Staatsvertrag für Rundfunk und Telemedien** (kurz **Rundfunkstaatsvertrag** oder **RStV**) ist im Recht der [Bundesrepublik Deutschland](#) ein [Staatsvertrag](#) zwischen allen 16 deutschen [Bundesländern](#), der bundeseinheitliche Regelungen für das [Rundfunkrecht](#) schafft. Der Rundfunkstaatsvertrag wurde zuletzt mit Wirkung zum 25. Mai 2018 angepasst<sup>[1]</sup>.

Neben dem eigentlichen Rundfunkstaatsvertrag umfasst das Rundfunkrecht unter anderem den [ARD](#)-Staatsvertrag, den [ZDF](#)-Staatsvertrag, den [Deutschlandradio](#)-Staatsvertrag, den [Rundfunkbeitragsstaatsvertrag](#) und den [Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrag](#). Zu den seit März 2007 im Rundfunkstaatsvertrag ebenso geregelten [Telemedien](#) enthält z. B. das [Telemediengesetz](#) (TMG) des Bundes weitere Regelungen. Der [Jugendmedienschutz](#) ist seit April 2003 nicht mehr im Rundfunkstaatsvertrag, sondern im [Jugendmedienschutz-Staatsvertrag](#) der Länder geregelt.

## § 55

Informationspflichten und Informationsrechte

(1) Anbieter von Telemedien, die nicht ausschließlich persönlichen oder familiären Zwecken dienen, haben folgende Informationen leicht erkennbar, unmittelbar erreichbar und ständig verfügbar zu halten:

1. Namen und Anschrift sowie
2. bei juristischen Personen auch Namen und Anschrift des Vertretungsberechtigten.
- (2) <sup>1</sup>Anbieter von Telemedien mit journalistisch-redaktionell gestalteten Angeboten, in denen insbesondere vollständig oder teilweise Inhalte periodischer Druckerzeugnisse in Text oder Bild wiedergegeben werden, haben zusätzlich zu den Angaben nach den §§ 5 und 6 des Telemediengesetzes einen Verantwortlichen mit Angabe des Namens und der Anschrift zu benennen. <sup>2</sup>Werden mehrere Verantwortliche benannt, so ist kenntlich zu machen, für welchen Teil des Dienstes der jeweils Benannte verantwortlich ist. <sup>3</sup>Als Verantwortlicher darf nur benannt werden, wer
  1. seinen ständigen Aufenthalt im Inland hat,
  2. nicht infolge Richterspruchs die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter verloren hat,
  3. voll geschäftsfähig ist und
  4. unbeschränkt strafrechtlich verfolgt werden kann.
- (3) Für Anbieter von Telemedien nach Absatz 2 Satz 1 gilt § 9a entsprechend.

---

So, so, ein **Anbieter** von **Tele- Medien** und dann auch noch mit **Staatsvertrag**.



Beamtenstatus ? = null!  
Hoheitliche Rechte? = null!  
Auslösung von Verwaltungsakten? = null!  
Auslösung von Fristen? = null!

## 1946 SHAEF – Gesetz.

Beamte besitzen den Gelben Schein;  
Beamte sind **Kriegsverbrecher** der **Kategorie I und II**.

---

## 1947 Tillesen Urteil vom 06.01.1947.

Deutsche Gerichte dürfen N S D A P – Statuten (05.03.1933 – 08.05.1945) nicht anwenden.

---

## 1952 BVerfG. 1 BvR 147 / 1952

Beamte sind mit **EstA**- Urkunde ausgezeichnete **Reichsbürger ohne Hoheitsrechte**.

---

## 1952- 1958

### **BVerfGE - Bundes- Verfassungsgericht zum Beamten- Status:**

**In Deutschland gibt es seit dem 08. Mai 1945 keine Beamten mehr!**

**Siehe BVerfG Aktenzeichen 1 BvR 147/52 vom 17.12.1953**

Am **17.12.1953 (BvR 147/52)** wurde eindeutig gesagt:  
Alle Beamtenverhältnisse sind am 08.05.1945 erloschen.

**Fundstellen:** BVerfGE 3,58;DVBI 1954,86;DÖV 1954,53;JZ 1954,76;MDR 1954,88;NJW 1954,21  
Verweis auf : **BVerfG-Urteil 2 BvF 1/73**.

**Dauerhafte Übertragung hoheitlicher Befugnisse auf NICHT-Beamte** ist nach  
Urteil **BVerfG, 27.04.1959 - 2BvF2/58** verfassungswidrig.

Eine **Bestallungsurkunde** kann ebenfalls niemand vorweisen, geschweige denn eine  
Tätigkeitsgenehmigung nach **Militärgesetz Nummer 2, Artikel V .9** der alliierten Militärregierung.

---

## 1959

### **BVerfG -Urteils 2BvF2/58 vom 27.04.1959**

#### **OLG München, Beschluss vom 05.02.2013, 9 VA 17/12**

Wenn jemand hoheitliche Aufgaben vornehmen will, ist ein AMTS-ausweis unabdingbar und zwingend erforderlich. Dauerhafte Übertragung hoheitlicher Befugnisse auf NICHT-Beamte ist entsprechend des **BVerfG-Urteils 2BvF2/58 vom 27.04.1959 verfassungswidrig!**

**In Deutschland gibt es seit dem 08. Mai 1945 keine Beamten mehr!**  
Siehe BVerfG Aktenzeichen **1 BvR 147/52 vom 17.12.1953**

---

# 1963

## **BVerfGE - Nichtige Verwaltungsakte:**

Auf Grund der **fehlenden Staatlichkeit** verfügen die Behörden der BRD nicht über staatlich-hoheitliche Gebietskörperschaftsrechte, denn **staatlich-hoheitliche Gebietskörperschaften** werden von einem **Staat verliehen**.

Nur bei Vorliegen dieser staatlich-hoheitlichen Gebietskörperschaftsrechte dürfen Verwaltungsakte gegen den Bürger ausgelöst werden.

Zusätzlich ist in keinem Gesetz, auf welche sich die BRD-Behörden in ihren Schreiben beziehen, ein Geltungsbereich zu finden.

Ist kein Geltungsbereich vermerkt, kann nicht deklariert werden, wo das Gesetz gültig ist.

Somit ist das Gesetz nirgendwo gültig und kann nicht gegen den Bürger angewendet werden.

**(BVerfG 1 C 74/61 vom 28. 11. 1963)**

Des Weiteren fehlt in den BRD-Gesetzen teilweise oder vollständig ein Hinweis auf die Grundrechte, welche durch den Verwaltungsakt eingeschränkt werden.

Diese Einschränkung der Grundrechte sind in Art. 19. Grundgesetz geregelt und müssen lt. Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zwingend zitiert sein.

**(Siehe BVerfGE 55, 100 bzw. 1BvR 668/04)**

**Somit sind ALLE Verwaltungsakte, die seit 8. Mai 1945 ausgelöst wurden, rechtswidrig. Eine Verjährung besteht nicht.**

Klagen zu nichtigen Verwaltungsakten werden pro Verwaltungsakt mit 250.000 Euro geahndet, im Wiederholungsfall 750.000 Euro. Diese Summen sollten die Brisanz dieses Sachverhaltes deutlich machen.

Sofern sich der jeweilige Sachbearbeiter der Privathaftung entziehen will, so ist dies nur mit einer Selbstanzeige möglich. Wurden bereits Strafschadensforderungen oder Klagen eingeleitet, greift eine Selbstanzeige nicht mehr

---

# 1983

## **BVerfGE - die BRD hat kein Staatsgebiet:**

Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom **31. Juli 1973** mit dem

**Az: 2 BvF 1/73 und Urteil BVG U 2 BVR 373/83** von **1987** und Deutscher Bundestag  
Auswärtiges/Antwort - **30.06.2015**.

## **Die BRD hat keine Staatsgewalt:**

Staatsgewalt als wichtigstes Kriterium eines Staates ist die Fähigkeit, die Herrschaft im Staat selbst (unabhängig) zu organisieren und auszuüben (Rechtswörterbuch).

Außenminister Genscher hat am 03. Oktober 1990 im Auftrag der 5 Alliierten die Bundesrepublik Deutschland („BRD“) bei der UNO abgemeldet und an Stelle dessen Deutschland „Germany“ angemeldet.

Status von Deutschland/Germany seit Anmeldung durch Genscher bei der UNO: **gelistet als Nicht-Regierungsorganisation, englisch: NGO. Eine NGO darf keine Gesetze erlassen und keine Steuer erheben.**

Die BRD hatte noch nie, zu keiner Zeit so etwas wie eine Staatsgewalt, es war immer nur die Simulation eines Staates, die BRD ist seit dem 23 Mai 1949 als Nachfolger des 3. Reiches durch die Alliierten besetzt und handlungsunfähig gestellt.  
Die BRD verfügte weder über hoheitliche Rechte noch Befugnisse, sie durfte lediglich das deutsche Kaiserreich im Sinne der HLKO und dem GG. verwalten

---

## 1983 BVerfG. 2 BvR 315 / 83 und BGH Urteil

Es ist **verboten** den **Menschen** als **Objekt** / **jur. Person** zu behandeln.

Trotzdem wird der Mensch immer wieder durch Täuschung und Betrug, durch Nötigung, Erpressung, Gewaltandrohung dazu gezwungen, die Rolle des Treuhandverwalters und damit die Haftung und Verantwortung für die jur. PERSON zu übernehmen.

**Das Ziel ist immer nur der Treuhandbetrug.**

Die Plünderung des Treuhandvermögens über das jeder Mensch, ohne es zu wissen, verfügt.

---

## 1987 BVerfG. 77, 137:

Das deutsche Volk ist seit dem **16.04.1871** Träger des Selbstbestimmungsrechts.

Der Bürgerliche Tod ist damit ausgeschlossen, das deutsche Volk steht vor dem Gesetz.

Staats- Simulationen wie die W. R., das 3. Reich oder der Nachfolger des 3. Reiches, die BRD / BRiD / BRdV usw. konnten daran auch niemals etwas ändern, ein handelsrechtliches Staatswesen verfügt über keinerlei Staatshoheitliche Rechte und Befugnisse, Handelsrecht = privates Recht.

Die jur. PERSON, der PERSONAL- Ausweis, alles basiert auf Täuschung im Rechtsverkehr § 123 BGB = Betrug § 263 StGB und ist rechtsungültig. Es gibt auch keine staatenlosen Deutschen, alle Deutschen die ihre Abstammung bis vor 1913 nachweisen können, sind deutsche Staatsbürger des deutschen Reiches von 1871.

Auch die Konkordate (Staatsverträge) mit der Kath. Kirche (Kanonisches Recht) sind rechtsungültig, privatrechtliche, handelsrechtliche Staats- Simulationen können keine staatshoheitlichen Verträge im Namen des Volkes schließen.

Da die kath. Kirche bereits seit 1871 aus dem deutschen Reich verbannt ist, kann das Kanonische Recht keinerlei Anwendung finden.

Das deutsche Volk wird gewaltsam durch Verleumdung, Lügen, Betrug, Terrorismus und Gewaltanwendung von den NAZI- Schergen daran gehindert ihren Staat zu reorganisieren um ihre Rechte wahrzunehmen.

Niemand muss sich für lebend erklären, sein Physisches Dasein erklärt dies von selbst.

### Warum dieses Urteil???

**1985** wurde das Kaiserreich von den Alliierten reaktiviert weil anders eine Zusammenführung der deutschen Völker (Wiedervereinigung) nicht möglich war.

**1987** wurde der Freistaat – Königreich Preußen reaktiviert.

Es hat niemals staatenlose deutsche gegeben, es gab ebenso niemals durch den PERSONAL- Ausweis irgendwelche Angestellten Bürger der BRD.

**Erklärung der Alliierten hierzu,**

jeder Deutsche der nach **1944** auf dem Boden des deutschen Reiches geboren wurde ist Reichsangehöriger.

---

**Ausgenommen** von den Rechten des Selbstbestimmungsrechts und allen damit verbundenen Menschenrechten § 1 BGB von 1896, sind die sog. Beamten des 3. Reiches, die **Reichsbürger**. Diese haben freiwillig die Staatsangehörigkeit – 3. Reich = Reichsbürger – angenommen und üben seitdem kriminelle Gewalt, Terrorismus, Folter, Plünderungen, Enteignungen usw. gegen die verbrieften Menschenrechte des deutschen Volkes aus.

---

**1 - Die Bundesrepublik Deutschland ist kein Staat!**

**2 - Die BRD hat keine Gründungsurkunde (siehe Art. 146 GG)**

**3 - Deutschland hat kein „Staatsschlüssel“ (000)**

---

## 1999

Das **Militärregierungsgesetz Nr. 53 (MRG Nr. 53)** hat bis heute Gültigkeit (siehe **Urteil BGH 5 StR 97/99 - v. 21. April 1999** (LG Berlin))

**Für besetzte Gebiete gelten** im völkerrechtlichen Rahmen die Bestimmungen der Haager Landkriegsordnung (**HLKO**) mit **Vorrang vor allen anderen Gesetzen in Deutschland**.

**Dieses Übereinkommen** wurde durch **Annahme des Bundestages** mit **Zustimmung** des **Bundesrates** am **13. Januar 1994** in den Gesetzesstand erhoben.

Laut geltender **Art. 46 der „HLKO“** – Landkriegsordnung: "  
Das Privateigentum darf nicht eingezogen werden".

Laut geltender **Art. 47 der "HLKO"** - Landkriegsordnung: "  
Die Plünderung ist ausdrücklich untersagt"

Mit dem zweiten Gesetz zur Bereinigung von Bundesrecht v. 23.11.2007 Bundesgesetzblatt, Seite 2614 haben sich die Besatzungsmächte mit **Art. 4 § 3** zu ihren Rechten und Pflichten bekannt. Dies war notwendig, weil die Besatzungsmächte einschneidende Gesetzesänderungen durchgeführt haben.

Diese Gesetzesänderungen wurden quasi vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte erzwungen.

Dieser Internationale Gerichtshof hat festgestellt, dass die BRD kein effektiver Rechtsstaat mehr ist (**Az.: EGMR 75529/01 v. 08.06.2006**).

Dafür sind die Besatzungsmächte zumindest mitverantwortlich.

Um sich dieser Verantwortung für den Unrechtsstaat zu entziehen, wurde die Verwaltungsbefugnis der BRD mittels 1. und 2. Bundesbereinigungsgesetz als gesetzliche Aufgabe der BRD entzogen.

Am 23.11.2007 wurde mit dem 2. Bundesbereinigungsgesetz schließlich alles was nicht Art. 73, 74 und 75 GG zuzuordnen und Bundesgesetz ist, aufgehoben.

Damit hat man dem gesamten Justizwesen (Art. 92 – 104 GG) die gesetzliche Befugnis entzogen. Ausdrücklich davon ausgenommen ist das Kontrollratsgesetz Nr. 35 (Schiedsverfahren bei Arbeitsstreitigkeiten), BMJBGG Art. 4 § 1 (2), 1952 wurde das Staatshaftungsgesetz gelöscht und mit Aufhebung v. Art. 34 GG durch das 2. BMJBGG v. 23.2007 mit Art. 4 § 1 (1) auch die Staatshaftung und damit die „öffentlich-rechtlichen“ Regelungen.

---

## 2007



## Deutscher Bundestag Zwangsvollstreckung – 21.03.2007

Aufgrund der **Bereinigungsgesetze 2007**, erlassen durch die Alliierten.

BRD, Bundesgesetzblatt Teil I, Art. 56, (319-10)

Die Zwangsvollstreckung ist grundsätzlich unzulässig, weil das Gesetz über die Zwangsvollstreckung aufgehoben wurde (**BGBI. 2006, Seite 875, Teil I, Nr. 18 vom 24.04.2006**). Artikel 56 (310-10)

Aufhebung der Verordnung über Maßnahmen auf dem Gebiet der Zwangsvollstreckung.

Die Verordnung über Maßnahmen auf dem Gebiet der Zwangsvollstreckung in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 310-10, veröffentlichten bereinigten Fassung, geändert durch Artikel 7 Abs. 17 des Gesetzes vom 19. Juni 2001 (BGBl. I S. 1149), wird aufgehoben.

BRD, Deutscher Bundestag, Drucksache 16/4741 vom 21.03.2007

Deutscher Bundestag – 16. Wahlperiode – 35 – Drucksache 16/4741

### Hinzuzufügen ist hier die **Rechtsgültige HLKO**.

#### **Art. 46 [Schutz des Einzelnen und des Privateigentums].**

Die Ehre und die Rechte der Familie, das Leben der Bürger und das Privateigentum sowie die religiösen Überzeugungen und gottesdienstlichen Handlungen sollen geachtet werden. Das Privateigentum darf nicht eingezogen werden.

#### **Art. 47 [Plünderungsverbot].**

Die Plünderung ist ausdrücklich untersagt.

---

## 2012

### Urteil des **BVerfGE** vom 25.07.2012:

BVerfG-Urteil vom 25.07.2012 (**2 BvF 3/11, 2 BvR 2670/11, 2 BvE 9/11**) stellt fest, dass es keine verfassungsgemäßen Parlamente seit mindestens **1956 in der BRD gab**. Die Frage, ob die Gesetze nicht trotzdem durch die normative Kraft des Faktischen gültig seien, ist überhaupt nicht zulässig.

Denn die „Normative Kraft des Faktischen“ schließt nicht ein, dass Rechtsverstöße, Betrug, Vertretungsfehler, sich irgendwann als Recht bezeichnen könnten.

Aus Unrecht wächst kein Recht – auch nicht, wenn es 70 Jahre vertuscht, versteckt oder sonst wie unbemerkt blieb.

- **BRD als angeblicher Rechtsstaat schon seit 1956 erloschen**
- **Neues Wahlgesetz nichtig**
- **Altes Wahlgesetz nichtig**
- **Über 50 Jahre nichtige Gesetze und Verordnungen**
- **Mitglieder im Bundestag und im Bundesrat in Ermangelung eines gültigen – Wahlgesetzes seit 1956 ohne Legitimation für eine Gesetzgebung**

Hiermit wurden der Bundesrepublik Deutschland jegliche Rechte auf Steuern, Juristika, Gesetzgebungen usw. usw. völlig entzogen.

Dies erfolgte aber bereits schon mit den Bereinigungsgesetzen in den Jahren 2006, 2007 und 2010, die von den Alliierten erlassen worden sind.

Seit dem 09.04.2018, offizielle Bekanntgabe am 12.07.2018 ist die Bundesrepublik Deutschland nicht einmal mehr existent, die Bundesrepublik Deutschland und der Deutsche Bundestag die ohnehin seit jeher lediglich Börsennotierte, gewerbliche US- Handelsunternehmen waren, die im US- Bundesstaat Delaware als Aktiengesellschaft, als sog. Briefkastenfirmen gemeldet und registriert waren, wurde aufgrund der Konkursabwicklung (Konkursantrag 01.11.2016.)

völlig aufgelöst und gelöscht.

Seit 2016 war die Bundesrepublik Deutschland ohnehin, aufgrund der Konkursöffnung / Abwicklung völlig handlungsunfähig und befand sich nur noch im Seerecht.

---

## 2015

### **BVerfGE - Bundesländer haben keine Grundrechtsberechtigung.**

Gemäß Bundesverfassungsgericht in **BVerfGE 1 BvR 1766/2015** besitzt das Land SCHLESWIG-HOLSTEIN keine Grundrechtsbefugnis und keine Grundrechtsberechtigung. Somit verfügt kein sog. Bundesland über irgendwelche Grundrechtsberechtigungen oder Grundrechtsbefugnisse.

Keines der sogenannten Bundesländer ist am 14.10.1990 dem Grundgesetz beigetreten.

Somit können weder Berechtigungen noch Befugnisse zum GG vorhanden sein.

Die sog. Bundesländer sind einem **nicht existenten** Rundfunk- Staatsvertrag beigetreten.

#### **§ 5 Telemediengesetz und § 55 Abs. 1 des Staatsvertrages über Rundfunk und Telemedien (Rundfunkstaatsvertrag - RStV):**

Diese Tatsache wird auch bestätigt in der Feststellung des juristischen Bundesverfassungsgerichtes, denn in der öffentlichen Verfassung Ordnung gilt in

**BVerfGE 1 BvR 1766/2015**

juristische Personen im öffentlichen Recht (GR) haben keine Grundrechtsberechtigung, sondern sind Grundrecht verpflichtet, wenn sie öffentliche Aufgaben wahrnehmen

(Grundrecht = öffentliche Ordnung).

Für juristische Personen des öffentlichen Recht(s) gelten die Grundrechte grundsätzlich nicht.

Juristische Personen des privaten Recht haben keine Grundrechtsberechtigung,

wenn sie von der öffentlichen Hand gehalten oder beherrscht werden,

denn nach der

**Konfusion – und Durchscheinargumentation**

**können Fiktionsfiguren gemäß morituri te salutant**

gemäß acta iure imperii (Recht) ohne ius gentium (ohne Transzendenzbezug) in ultra vires (Öffentlichkeit)

nicht Grundrecht verpflichtet und gleichzeitig Grundrecht berechtigt sein oder

- mehr Rechte übertragen als sie selbst besitzen.

Aufgrund des Urteils des BVerfGE vom 25.07.2012

---

## 2015

### **BVerfGE 1 BvR 1766/15** vom 03.11.2015

Die **Rechtsfähigkeit** juristischer Personen **als auch der BRiD** an sich:

Wenn man die Entscheidung des BVerfGE korrekt interpretiert, **so sind die BRiD-Gerichte**

**allesamt nicht grundrechtsfähig und somit auch nicht prozeßfähig.**

**Eine juristische Person ohne jegliches Grundrecht ist nicht grundbuch-,  
recht-, geschäfts-, handlungs-, delikt-, insolvenz-, vertrag- oder  
prozeßfähig, sondern ausnahmslos nur schuldfähig!**

**Die Feststellung der jur. Person im Urteil des Bundesverfassungsgerichts  
in BVerfGE 1 BvR 1677/15 vom 03.11.2015 ist:**

- **Die Grundrechtsfähigkeit einer juristischen Person des öffentlichen  
Recht ist grundsätzlich dann zu verneinen, wenn diese öffentliche  
Aufgaben wahrnimmt!  
und**
- **Gleiches gilt für juristische Personen des Privatrechts, die von der  
öffentlichen Hand gehalten oder beherrscht werden.**

Das bedeutet im Gesamtergebnis, nichts, rein gar nichts was von den  
Rechtlosen NS- Beamten der BRD jemals erlassen, geurteilt, gefordert, angeordnet wurde,  
hatte jemals irgendeine Rechtskraft.  
Hatte es aufgrund des Urteils von 1987, alle Deutschen sind seit 1871

#### Träger des Selbstbestimmungsrechtes

ohnehin nicht.

Die Rechtsträger / Reichsangehörigen Deutschen standen der BRD schon immer  
Ex- Territorial gegenüber.

**Bedeutung**, - Ein Staat steht einem anderen gegenüber, z. B. die Schweizer können  
von den Franzosen keine Steuern verlangen oder Gerichte in Frankreich installieren.

---

**Das zeigt aber auch schon die**

**BRD / BRiD / BRdvD usw.  
mit ihrem Regierungssitz in Berlin.**

Aufgrund der Alliierten Vorbehalte ist Berlin schon seit **1944** ebenfalls Ex- Territoriales  
Gebiet der Alliierten bis zum heutigen Tag.  
Berlin ist ein US- Staatgebiet im deutschen Reich. (Kaiserreich)

Weder juristisch noch nach Völkerrecht oder sonst irgendeinem Recht, kann eine Regierung  
die sich in einem fremden (Ex- Territorialen) Staat befindet, irgendeine  
Regierungsgewalt ausüben. (Siehe Beispiel – Schweiz / Frankreich)

Das schon gar nicht mit rechtlosen NS- Beamten, die schon seit **2007**  
(Reaktivierung der Militärgesetze)

wieder besetzt und völlig handlungsunfähig gestellt wurden.

Seit dem **02.11.2016** sich nur noch im Seerecht befinden und kriminelle Inland- Piraterie betreiben!!!